



# Die FUEV zu Gast im Baltikum

## 52. Kongress der autochthonen, nationalen Minderheiten / Volksgruppen in Europa

Federal Union of European Nationalities  
Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen

TALLINN

**Dokumentation**

16. - 20. Mai 2007 in Tallinn / Estland



Federal Union of  
European Nationalities

**[www.fuen.org](http://www.fuen.org)**

Impressum:

Herausgeber: Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen  
Redaktion: Jan Diedrichsen, Hans Heinrich Hansen, Susann Schenk, Frank Nickelsen  
Text: Jan Diedrichsen  
Übersetzung: Marlis Erichsen  
Fotos: FUEV  
Layout: Roald Christesen (SSF)  
Druck: Druckerei E.H. Nielsen, Flensburg

Die Herausgabe dieser Publikation wurde gefördert durch das Bundesministerium des Inneren der Bundesrepublik Deutschland.  
Weitere Unterlagen zum Kongress und der Delegiertenversammlung finden sich auf der Internetseite [www.fuen.org](http://www.fuen.org).

# Die FUEV zu Gast im Baltikum

**Der 52. Jahreskongress der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) fand vom 16. bis zum 20. Mai 2007 in der estnischen Hauptstadt Tallinn statt. Noch nie ist die FUEV in ihrer beinahe 60-jährigen Geschichte mit einem Kongress weiter nördlich zu Gast gewesen, und es war der erste Besuch des Dachverbandes der autochthonen, nationalen Minderheiten in einem Land, das vor der politischen Wende in Europa zur Sowjetunion gehörte.**

Rund 200 Minderheitenvertreter und Gäste aus über 30 europäischen Ländern waren in Tallinn zu Gast. Die Einladung nach Tallinn zu kommen und dort den größten Kongress der autochthonen, nationalen Minderheiten in Europa abzuhalten, war vor zwei Jahren gemeinsam von den Minderheiten in Estland und der Regierung ausgesprochen worden.

Die Veranstalter, das FUEV-Präsidium und die Gäste des Kongresses fanden sich zu Anfang des Minderheitentreffens unfreiwillig im Mittelpunkt eines politischen Streites wieder: Wenige Tage vor dem Kongressbeginn kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Teilen der russisch-sprachigen Bevölkerungsgruppe des Landes und estnischen Sicherheitskräften. Dieser Streit wurde teilweise auf der Straße und gewaltsam zwischen den Demonstranten und der Polizei ausgetragen. Mehrere hundert Demonstranten wurden bei den Ausschreitungen verletzt – einer dabei sogar tödlich.

Die 200 Gäste aus ganz Europa nutzen vor Ort die Möglichkeit, um sich im direkten Gespräch mit Minderheitenvertretern und Regierungsrepräsentanten über die aktuelle Situation und die Bedingungen der autochthonen Minderheiten in Estland im Allgemeinen zu informieren.

Neben der aktuellen Situation in Estland standen für die FUEV weitere wichtige Entscheidungen auf dem Programm. Erstmals nach der Verabschiedung der Charta der autochthonen, nationalen Minderheiten in Europa im vergangenen Jahr in Bautzen / Budyšin, wurde das erste Grundrecht der Charta, das Recht auf Bildung, durch die Delegiertenversammlung beschlossen.

Darüber hinaus nahmen die Delegierten der 84 Mitgliedsorganisationen der FUEV Abschied vom FUEV-Präsidenten Romedi Arquint, der nach 11 Jahren am Ruder ausschied. Zu seinem Nachfolger wurde einstimmig der deutsche Nordschleswiger aus Dänemark, Hans Heinrich Hansen, gewählt.

» *Dass sich die Minderheiten in Estland gemeinsam mit der Regierung um die Austragung dieses Kongresses bemüht haben, ist ein gutes Zeichen, das uns als europäische Dachorganisation der Minderheiten sehr freut.*



Romedi Arquint (links) mit  
Edgar Savisaar, Bürgermeister von Tallinn

# Ein Kongress mit besonderer Brisanz

Der Kongress in Tallinn stand unfreiwillig unter besonderer Beobachtung und erhielt kurzfristig eine außerordentliche Brisanz. Das FUEV-Präsidium sah sich im Vorfeld des Treffens den Fragen vieler besorgter Teilnehmer gegenüber, ob das Treffen in diesem Jahr überhaupt werde stattfinden können: Ende April, nur wenige Tage vor dem Kongress, war es in Tallinn und im Osten des Landes zu Auseinandersetzungen zwischen vornehmlich jugendlichen Vertretern der russischsprachigen Minderheit und estnischen Sicherheitskräften gekommen – mehrere hundert Verletzte und ein Todesfall waren die bittere Bilanz der Unruhen. Der russischsprachige Teil der estnischen Bevölkerung macht 20 - 25 % der Gesamtbevölkerung aus.

Die Hintergründe des schwierigen Verhältnisses zwischen der russischsprachigen Bevölkerung und der Esten sind vielschichtig; neben ethnischen und sprachlichen Konflikten ist dabei auch der soziale Aspekt zu berücksichtigen. Einige Erklärungsansätze folgen auf den folgenden Seiten.

Auslöser der gewaltsamen Proteste, die in ganz Europa Beachtung fanden und zu einer diplomatischen Krise zwischen Russland und Estland führten, war die Verlegung eines Denkmals, des sogenannten „Bronzenen Soldaten“. Das Denkmal erinnert an die Niederlage Nazideutschlands und den Sieg der Roten Armee 1945. Viele Esten sehen in der Niederlage Deutschlands gegen die Rote Armee keine Befreiung – sondern den Anfang einer weiteren, tragischen Okkupation, die 50 Jahre andauern sollte. Während das Denkmal für den russischsprachigen Teil der Bevölkerung ein wichtiger Platz der Erinnerung ist, an dem der vielen gefallenen Soldaten und dem hohen Blutzoll den Russland im Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland hat zahlen müssen, gedacht wird.

Im Vorfeld des Kongresses hatte das Präsidium der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen in einer Presseaussendung Abstand von jeglicher Form der Gewalt genommen und die Streitparteien zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes aufgefordert.

Da die Probleme in Estland sehr vielschichtig sind und kein Urteil in „schwarz oder weiß“ der Situation gerecht wird, entschied sich das FUEV-Präsidium zu einer „Fact finding Mission“ im Vorfeld des Kongresses. In Zusammenarbeit zwischen dem FUEV-Vizepräsidenten Heinrich Schultz und dem Brüssel-Projekt wurde diese „Fact finding Mission“ organisiert. Die FUEV lud sämtliche Minderheitenvertreter Estlands zu einem offenen Gedankenaustausch ein. Rund 20 Minderheitenvertreter und Vertreter aus dem estnischen Parlament sowie der Regierung nahmen dieses Angebot an und diskutierten gemeinsam mit dem FUEV-Präsidium und Vertretern der Jugend Europäischer Volksgruppen über die Schwierigkeiten in der Beziehung zwischen Minderheit und Mehrheit in Estland.

» *Ich denke das Gespräch im Vorfeld, wenngleich es zum Teil emotional und kontrovers geführt wurde, war sehr wichtig. Uns wurde als Gästen klar gemacht, dass die Minderheitenprobleme in Estland nicht mit einem Satz erklärt werden können. Die Herausforderung vor denen sowohl Minderheiten als auch Mehrheit stehen, sind vielfältig. Wenngleich die russischsprachige Minderheit mit 20-25% die weit größte in Estland ist, dürfen die kleinen Minderheiten, mit nur wenigen tausend Angehörigen, nicht vergessen werden. Ich denke wir haben eine gute und offene Diskussion geführt, und wir als FUEV haben uns die Sorgen und Nöte der Minderheiten angehört. Es kann aber nur im Dialog zwischen Mehrheit und Minderheit gelingen, die Probleme in Estland zu lösen, erklärte Vizepräsident Heinrich Schultz im Anschluss an das Treffen.*

» Die FUEV ist als Interessenorganisation der autochthonen, nationalen Minderheiten in Europa seit 1949 mit den Konflikten zwischen Minderheit und Mehrheit vertraut. Die Erfahrung lehrt uns, dass ein friedliches Miteinander möglich ist – auch wenn es hart erarbeitet werden muss. Beispiele hierfür gibt es genug. Über 80 Jahre hat die Aussöhnung zwischen Deutschen und Dänen im Grenzgebiet beider Länder gedauert. Nur wenige hundert Kilometer entfernt, auf der anderen Seite der Ostsee, wo sich heute Russen und Esten gegenüberstehen, standen sich bis vor wenigen Jahrzehnten Deutsche und Dänen scheinbar unversöhnlich gegenüber. Denn auch im deutsch-dänischen Grenzland kennt die Geschichte Sprengungen und Verlegung von nationalen Monumenten und gewaltsame Auseinandersetzungen. Eines ist sicher, nur durch den Dialog zwischen Mehrheit und Minderheit wird Estland zukunftsfähig sein, das zeigen die Erfahrungen in Europa.

Stellungnahme der FUEV im Vorfeld des Kongresses in Tallinn



Estlands Ministerin für Bevölkerung und nationale Minderheiten, Urve Palo (links). Daneben ihr Vorgänger, Paul-Erik Rummo sowie Referent Ken Koort.



Der Kongress stiess auf grosses Medieninteresse

# FAKTEN Estland

Der Minderheitenschutz hat sich in Estland im letzten Jahrzehnt verbessert. Das zeigt sich nicht zuletzt in der Gesetzgebung - unter anderem in der Vereinfachung des Verfahrens, um die estnische Staatsbürgerschaft zu erlangen.

Als wichtige staatliche Einrichtung für die Verbesserung der Situation der Minderheiten, ist das 1997 gegründete Amt des Bevölkerungsministers (Minister Eerik Rummo und nun Urve Palo) zu nennen. Hier wurde maßgeblich das staatliche Integrationsprogramm 2000-2007 entwickelt, welches sich vor allem auf die Sprachqualifizierung und Bildung konzentriert. Dreiviertel des Etats wird für die Unterstützung von Schulen und Sprachkursen zur Vorbereitung zum Erwerb der estnischen Staatsangehörigkeit verwendet.

Der Beratende Ausschuss des Europarates für das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten hat in seiner jüngsten Resolution vom Februar 2006 anerkennend festgestellt, dass in Estland „sowohl juristische als auch administrative Bemühungen zu verzeichnen sind, um den Zugang zum Einbürgerungsverfahren zu erleichtern“.

Doch das große Problem in Estland bleibt dennoch die Situation der Staatenlosen. Weiterhin leben rund 150.000 Menschen in Estland ohne Staatsbürgerschaft. Diese Menschen, vor allem Angehörige der russischsprachigen Bevölkerungsgruppe, besitzen nicht alle Rechte, die einem Staatsbürger zustehen.

Kritisch wird mit Blick auf Estland vermerkt, dass die bestehende Gesetzeslage noch keinen ausreichenden Schutz für die nationalen Minderheiten bietet und dass weitere Gesetzgebungen, zum Beispiel ein Antidiskriminierungsgesetz, nötig sind, um einen ausreichenden Schutz der autochthonen Minderheiten in Estland sicherzustellen.

Des Weiteren mahnt unter anderem der Beratende Ausschuss eine weitere Vereinfachung des Staatsbürgerschaftsrechts an. Denn vor allem älteren Bürgern in Estland ist es beinahe unmöglich, die Staatsbürgerschaft zu erlangen, da die estnische Staatsbürgerschaft „ausreichend Estnischkenntnisse“ vorsieht. Einige Angehörige der älteren Generation sprechen allein Russisch und haben keine Aussicht, die de facto Fremdsprache Estnisch zu erlernen, wenngleich sie zum Teil ihr ganzes Leben in Estland verbracht haben.

Darüber hinaus wird von Seiten der Experten bemängelt, dass es keine gesetzlichen Grundlagen gibt, dass Minderheitengehörige in ihrer Muttersprache mit den Behörden kommunizieren können, ohne dafür persönlich die Kosten tragen zu müssen. Dies widerspricht unter anderem dem von Estland unterzeichneten Rahmenübereinkommen.

Mit Besorgnis nimmt der Ausschuss darüber hinaus zur Kenntnis, dass die Angehörigen von nationalen Minderheiten, vor allem junge Frauen, in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen bedroht sind. Der Beratende Ausschuss der Rahmenkonvention fordert die Regierung dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass es weder direkt noch indirekt zur Diskriminierung von Minderheitenangehörigen auf dem Arbeitsmarkt kommt.

In Estland leben nicht weniger als 13 anerkannte nationale Minderheiten. Die Bevölkerung Estlands macht ungefähr 1,3 Millionen Personen aus. Davon sind 66,5% Esten. Dies ergab die Volksbefragung im Jahre 2000. 25% der Befragten gaben als Nationalität Russisch an. Darüber hinaus gibt es 2,1% Ukrainer, eine Minderheit der Weißrussen von ungefähr 17.000 Angehörigen. Auch die Finnen sind

als Minderheit mit 11.000 Personen vertreten, darüber hinaus gibt es Tartaren, Letten, Polen, Litauer, Roma sowie die deutsche Minderheit, die mit 1870 gezählten Personen 0,1 % der Gesamtbevölkerung ausmacht.

Vom „Brüssel-Projekt“ wurde ein Hintergrundbericht über die Minderheitensituation in Estland erarbeitet und während der FUEV-Konferenz in Tallinn verteilt. Dieser Hintergrundbericht kann auf der Homepage der FUEV [www.fuen.org](http://www.fuen.org) und der Homepage [www.living-diversity.eu](http://www.living-diversity.eu) nachgelesen werden.

- » *Die Verfassung der Republik Estland garantiert allen Staatsbürgern die gängigen verfassungsmäßigen Grundrechte. Ein großer Teil der russischsprachigen Minderheit, die den Status von Staatenlosen hat (keine Staatsbürgerschaft besitzen) hat aber nur eingeschränkte Möglichkeiten, diese Grundrechte für sich in Anspruch zu nehmen. Zwar heißt es im Art.9 der Verfassung, dass die Grundrechte für alle Staatsangehörige sowie Ausländer und Staatenlose gleichermaßen gelten. Doch können „Nicht-Esten“ nicht an den nationalen Referenden oder den Parlamentswahlen teilnehmen. An Kommunalwahlen dürfen sie nur dann teilnehmen, wenn sie mindestens fünf Jahre in der Gemeinde wohnhaft gewesen sind; Kandidatur und Mitgliedschaft in einer Partei sind ihnen jedoch nicht gestattet.*
- » *Derzeit geht man davon aus, dass rund 10-15% der Bevölkerung nicht im Besitz einer estnischen Staatsbürgerschaft sind. Im Amtssprachengebrauch werden jene als „Personen mit nicht festgestellter Staatsbürgerschaft“ tituliert.*
- » *Mit dem Niedergang der Sowjetunion und der Unabhängigkeit Estlands wurde ein Hauptaugenmerk auf die Stabilisierung des estnischen Volkes als Titularnation der Zweiten Republik gelegt. Es wurden vor allem im Bereich der Sprachengesetzgebung sehr rigide Regelungen eingeführt, die der teilweisen Dominanz des Russischen entgegenwirken sollten. Wenngleich die Geschichte in Estland mit der jahrelangen Unterdrückung durch die Sowjetunion und die „Rusifizierung“ natürlich nicht als Entschuldigung für Diskriminierung und Unrechtsbehandlung herhalten kann, empfiehlt es sich dennoch, die historischen Tatsachen bei einer Beurteilung der Situation in Estland im Hinterkopf zu behalten.*



# FUEV - die Dachorganisation

Die Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) ist eine unabhängige Dachorganisation, die sich der Belange der autochthonen, nationalen Minderheiten in Europa annimmt. Die FUEV hat eine lange Geschichte; sie wurde 1949, im selben Jahr wie der Europarat, in Versailles, Frankreich, gegründet.

Heute vertritt die FUEV 84 Mitgliedsorganisationen in über 30 europäischen Staaten. 1989 erlangte die FUEV den Teilnehmenden Status einer Nichtregierungsorganisation beim Europarat. 1995 erhielt die FUEV den konsultativen Status als NGO bei den Vereinten Nationen.

Die FUEV arbeitet eng mit der Jugendorganisation der autochthonen, nationalen Minderheiten in Europa, der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV), zusammen. Der Präsident der JEV hat konsultativen Status im Präsidium der FUEV.

Die FUEV versteht sich als Interessensvertretung aller autochthonen, nationalen Minderheiten in Europa. In diesem Zusammenhang sieht sich die FUEV als zivilgesellschaftliches Sprachrohr der Minderheiten und vertritt deren Interessen auf europäischer Ebene in allen relevanten Bereichen.

Die FUEV arbeitet als Vertreter der Minderheiten mit der Europäischen Union, dem Europarat und der OSZE sowie den Vereinten Nationen zusammen. Es ist das erklärte Ziel der FUEV ihre Arbeit in enger Kooperation mit ihren Mitgliedsorganisationen zu leisten.

Es ist der FUEV wichtig die Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu kennen und dementsprechend politisch als Interessensvertretung zu handeln.

» Die Siegermächte [nach dem zweiten Weltkrieg; Anm. d. Red.] hatten natürlich Recht, Minderheitenprobleme hatten oftmals, nicht nur bei den beiden Weltkriegen, Anlass zum Krieg gegeben. Was sie nicht sahen, war, dass nicht die Minderheiten als solche Schuld an den Kriegen hatten, sondern die ungelösten Minderheitenprobleme. Sie sahen nicht, dass weder das Verleugnen der Existenz einer Minderheit, noch ihre Vertreibung das Problem lösen konnten. Die Doktrin der Siegermächte, dass Minderheiten in dem neuen Europa keine Rolle mehr spielen sollten, wurde auch von den Vereinten Nationen, der neu gegründeten UNO, vertreten.

[...]

Zurückblickend lässt sich nicht leugnen, dass die etwa gleichzeitige Geburt des Europarates und unserer Union – wenn wir von der ganz verschiedenen Größenordnung absehen – beide dazu beigetragen haben, eine Stromkenterung in der Nachkriegspolitik der Großmächte und der UNO gegenüber den Minderheiten herbeizuführen.

Der Friese Dr. Frederik Paulsen †, einer der Gründer der FUEV, in seinem Festvortrag in Versailles 1989 zum 40-jährigen Bestehen der FUEV.

# Die offizielle Eröffnung

Rund 300 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Kultur sowie zahlreiche FUEV-Delegierte und Minderheitenvertreter aus ganz Europa, fanden sich im neu renovierten Kongresszentrum Tallink Spa in Tallinn zur offiziellen Eröffnung des 52. FUEV-Kongresses ein.

Unter den Gästen waren unter anderem die erst kürzlich nach den Parlamentswahlen in Estland ernannte neue Bevölkerungsministerin und damit zuständig für die nationalen Minderheiten, Frau Urve Palo, sowie der Bürgermeister Tallinns, Herr Edgar Savisaar.

In seiner Begrüßung an die Delegierten und Gäste hob der Präsident der FUEV, Romedi Arquint, hervor, dass dieser Kongress gemeinsam zwischen den Minderheiten Estlands und der estnischen Regierung organisiert worden sei. „Es ist vorbildlich, dass sich in diesem Punkt die Minderheiten und die Regierung gut ergänzt haben“, so Arquint, der einen besonderen Dank an die Mitgliedsorganisationen der FUEV in Estland richtete, die „eine enorme Arbeit geleistet haben, um diesen Kongress zu ermöglichen“, so Arquint.

Für viel Beifall sorgte die Tatsache, dass die estnische Regierung den diesjährigen FUEV-Kongress finanziell sehr großzügig unterstützt hat.

Als Vertreter der nationalen Minderheiten in Estland, hieß der Vorsitzende des Zusammenschlusses der nationalen Minderheiten in Estland, Jaak Prozes, die Delegierten aus ganz Europa willkommen, und freute sich sehr darüber, dass erstmals ein Kongress der FUEV auf dem ehemaligen Territorium der Sowjetunion stattfinden würde:

„Wir halten dies für ein Zeichen dafür, dass sich die FUEV in Zukunft mehr mit der Problematik der nationalen Minderheiten in den ehemaligen Staaten der Sowjetunion beschäftigen wird. Diese nationalen Minderheiten haben sehr viele gemeinsame Probleme, die mit der Okkupation durch die Sowjetunion nach dem zweiten Weltkrieg zusammenhängen“, so Jaak Prozes.

Von Seiten der Jugendorganisation, der Jugend Europäischer Volksgruppen, richtete der Präsident, Alexander Studen-Kirchner, das Wort an die Delegierte. Er bedankte sich für die gute Zusammenarbeit mit dem FUEV-Präsidium, vor allem mit Blick auf das gemeinsame Ziel, die Minderheiten in Europa sichtbarer zu machen. „Ich denke, die FUEV ist gemeinsam mit der JEV durch das Brüssel-Projekt auf einem guten Wege, in Europa als Interessensvertreter sichtbarer und schlagkräftig zu werden – hier freuen wir uns auf die weitere Zusammenarbeit mit dem FUEV-Präsidium“, erklärte Aleksander Studen-Kirchner.

In einem generellen Abriss zog der scheidende Präsident Romedi Arquint eine Bilanz der Entwicklung des Minderheitenschutzes in Europa - vor allem mit Blick auf die Entwicklung in den europäischen Institutionen und den Nationalstaaten im Allgemeinen während seiner elfjährigen Amtszeit. Er wagt dabei einen Ausblick in die Zukunft und sieht dabei die „Regionalisierung Europas“ auf dem Vormarsch.

» Zahlenmäßig größere Völker und Volksgruppen – wie in Rumänien, Südtirol und Spanien (zumindest was Cataluna betrifft),- haben zwar erfreulicherweise Fortschritte gemacht. Wo eine territoriale Homogenität besteht, und wo die Anzahl der Angehörigen eine zahlenmäßige Größe erreicht, sind angepasste Formen der Selbstverwaltung und Autonomie eine gute Basis für deren Erhaltung. Andere dieser Gemeinschaften haben inzwischen den Weg beschritten, Koalitionen mit der Regierung einzugehen, was ebenfalls als außerordentlich positiver und reifer Schritt im Demokratisierungsprozess der Gesellschaft bezeichnet werden kann. Damit konnten Spannungen in konstruktive politische Lösungsansätze und Konsenslösungen aufgefangen werden.

Aber auch hier sind wir in Europa noch weit entfernt von potentiellm und offenem Konfliktpotenzial entfernt (Tschetschenien, Baskenland). Die Regionalisierung Europas durch die Bildung kleinerer politischer Einheiten wird sich in Zukunft fortsetzen (wie etwa in Schottland). Die Folgen werden eine Erosion der künstlich gebildeten souveränen Staaten Europas sein und gleichzeitig verbunden mit einem stärkeren gesamteuropäischen Zusammenhalt. Dass eine solche Entwicklung nicht ohne den Widerstand der Nationalstaaten vor sich gehen wird, ist abzusehen.

Romedi Arquint, Präsident der FUEV

# Verabschiedung von Romedi Arquint

» *Romedi ist mehr als alles andere ein Philosoph, der versucht, die Zusammenhänge in der Welt zu begreifen. Einer, der immer tiefer denkt und neue Fragen stellt, die am liebsten bis zum Anfang der Welt und in die Tiefe der Zusammenhänge führen.*

*Romedi ist ein Intellektueller, und seine Stärke ist, dass er weiß, dass die intellektuelle Seite ohne die emotionale eine leere Hülse ist, und umgekehrt die emotionale Seite ohne die intellektuelle Seite den Zusammenhängen, die für das politisch-philosophische Handeln so wichtig sind, nicht genügt.*

Mit diesen Worten charakterisierte Hans Heinrich Hansen, Vizepräsident der FUEV, „seinen Präsidenten“, Romedi Arquint, während dessen Verabschiedung beim diesjährigen FUEV-Kongress.

Es hieß in Tallinn nämlich Abschied nehmen vom Präsidenten der FUEV, Romedi Arquint. Der Rätorumane wirkte elf Jahre an der Spitze der FUEV, solange hat noch keiner der Organisation vorgestanden. Und die Reihe der Gratulanten war lang. Neben dem Vizepräsidenten, Hans Heinrich Hansen, der die Laudatio des Präsidiums hielt, ließen es sich viele Mitglieder und langjährige Weggefährten nicht nehmen, Romedi Arquint persönlich Dank auszusprechen. Mit Bildern aus der Wirkungszeit Arquints umrahmt, hatte auch das Generalsekretariat der FUEV dem Präsidenten zum Abschluss seines Wirkens ein visuelles Geschenk unterbreitet.

Ein sichtlich gerührter Ex-Präsident, dankte den vielen Gratulanten und kündigte an, auch weiterhin der FUEV mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

„Seine Herkunft als Rätorumane, also als jemand, der aus einer der Minderheiten ohne Mutterstaat ohne dazugehörigen Mehrheitsstaat, stammt, hat ihn immer besonders sensibel gemacht für die Belange dieser Minderheiten in Europa, etwa für Friesen, Sorben, Cornwalliser, Bretonen und für die Erhaltung ihrer Sprachen, die er als Kleinsprachen bezeichnet“, erklärte Hans Heinrich Hansen.

» *Gewählt wurde ich 1996 in Timisoara, in einem Land und zu einem Zeitpunkt, wo die Spannungen zwischen dem rumänischen Staat und den Ungarnrumänen noch voller Konfliktpotential waren; wir erlebten sie hautnah und konkret. Dies war beileibe nicht nur in Rumänien so, wir wurden Zeugen der verheerenden Auswirkungen einer auf ethnischen Grundsätzen basierenden Suche der in die Freiheit entlassenen Völker nach eigener Staatlichkeit.*

*Am darauffolgenden Jahr in Pörschach, konnte Europa das Inkrafttreten der Rahmenkonvention zum Schutz der nationalen Minderheiten und der Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen „feiern“. Endlich hatte sich der Europarat zu einem ersten, die Mitgliedstaaten bindenden, politischen Schritt entschlossen, und war damit einem Anliegen nachgekommen, das die FUEV seit ihrer Gründung gefordert und in der Cottbuser Erklärung auch schon umgesetzt hatte. Angesichts des alles andere als optimalen Festlegungen der Konvention war die Reaktion der FUEV jedoch von Beginn an durchzogen, was ein Zitat aus Pörschach auf den Punkt brachte: „Immer noch schreien Konfliktherde nach einer Verbesserung des internationalen Rechtssystems.“ Tatsächlich hat sich – trotz der Konvention - in den letzten zehn Jahren wenig in dieser Richtung bewegt.*

Romedi Arquint

# Das erste Grundrecht: Recht auf Bildung

Im vorangegangenen Jahr, während des FUEV-Kongresses in Bautzen 2006, wurde die Charta der autochthonen, nationalen Minderheiten Europas verabschiedet. Kernstück dieser Charta sind neben dem Selbstverständnis, der Definition und den Grundprinzipien, die 13 Grundrechte der europäischen Minderheiten. Die Delegiertenversammlung der FUEV hat entschieden, jedes Jahr eines dieser Grundrechte herauszunehmen, zu analysieren und „zu qualifizieren“.

Als erstes Grundrecht wurde das Recht auf Bildung untersucht. Diese Aufgabe haben der FUEV Vizepräsident, Heinrich Schultz, gemeinsam mit der Diplomspsychologin, Judith Walde, übernommen und präsentierten während eines Workshops und im Plenum des FUEV-Kongresses ihre Ergebnisse, die gemeinsam mit verschiedenen Experten im Bildungsbereich erarbeitet wurden.

Die Qualifizierung des Grundrechts auf Bildung, wurde in Anwesenheit des Schirmherren Oliver Paasch, vorgenommen.

Paasch, Bildungsminister der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien (Minister für Unterrichtswesen und wissenschaftliche Forschung) und 2007 zugleich Vertreter Belgiens im EU-Ministerrat für Bildung und Forschung, fand in seinem Festvortrag zur Bildungssituation der Minderheiten in Europa anerkennende Worte für das neue Dokument der FUEV.

» *Es ist mir eine Freude zu sehen, wie kontinuierlich die FUEV an einem für das 21. Jahrhundert herausragenden Thema arbeitet und mit der Verabschiedung und Veröffentlichung des Rechts auf Bildung den europäischen Minderheiten ein Mittel zur Verfügung stellt, um ihre Bildungssysteme angemessen zu gestalten.*

*Es ist mir zudem eine Ehre – zum wiederholten Male – anhand der Bildungspolitik der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufzuzeigen, wie erfolgreiche Bildungspolitik zur Entwicklung einer Region beiträgt und wie wir daher bestrebt sind ein hochqualitatives Bildungswesen vorzuhalten.*

Während des öffentlichen Workshops wurde intensiv mit den vorgelegten Dokumenten gearbeitet und mit wenigen redaktionellen und inhaltlichen Änderungen konnten die Delegierten der FUEV dem Grundrecht auf Bildung einstimmig ihre Zustimmung geben.

„Es freut mich, dass wir das erste Grundrecht der Charta so erfolgreich abschließen konnten. Die Arbeit hat viel Spaß gebracht und ich denke, dass das Thema Bildung für alle Minderheiten in Europa von größter Relevanz ist. Das vorliegende Dokument kann jedoch nur eine Hilfe zur Selbsthilfe sein. Nun liegt es an jeder Minderheit vor Ort unter den eigenen Bedingungen zu untersuchen, wie die Bildungssituation ist und welche Maßnahmen möglicherweise ergriffen werden müssen um diese zu verbessern.“, so Judith Walde, Projektleiterin der Qualifizierung des Bildungsgrundrechts der FUEV.

Das Recht auf Bildung legt zusammenfassend die grundlegenden (An)-Forderungen der europäischen Minderheiten im Bildungsbereich dar.

» *Hierzu heißt es im Dokument unter anderem: Bildung trägt dazu bei, die Identität von Angehörigen der autochthonen, nationalen Minderheiten zu stärken und im Sinne einer kritischen Auseinandersetzung mit den Werten und Traditionen der Minderheiten zu fördern. Bildung schafft die Voraussetzung, um die Angehörigen der autochthonen, nationalen Minderheiten zu befähigen, ihre Identität, Kultur, Sprache, Geschichte, Eigenart, Traditionen, kulturelles Erbe und Überlieferung zu bewahren, zu pflegen und weiterzuentwickeln.*

*Bildung bei Minderheiten umfasst als einen wesentlichen Bestandteil die Minderheitensprachbildung.*

Um die tatsächliche Gleichheit zwischen Minderheiten- und Mehrheitsbevölkerung bei der Verwirklichung des Rechts auf Bildung zu gewährleisten, hat der Staat alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um Bildung unter Einbezug der Minderheit chancengleich verfügbar, zugänglich, akzeptabel und annehmbar zu gestalten.

Dabei stützt sich das Recht auf Bildung neben den internationalen Bildungsstandards und den einschlägigen Dokumenten auf das sogenannte 4-A-Schema, entwickelt für das Berichtswesen der Vereinten Nationen und übernommen vom Beratenden Ausschuss der Rahmenkonvention. Die Anwendung des 4-A Schemas dient dazu die Bildungssysteme der Minderheiten transparent zu beschreiben, zu überprüfen und europäisch vergleichbar zu machen.

Für die Verwirklichung des Rechts auf Bildung – so heißt es im Dokument weiter - ist es dringend erforderlich, dass die Ratifizierung und im Sinne der Minderheit zeitgemäße und vollständige Umsetzung völkerrechtlicher Dokumente, vor allem des Rahmenübereinkommens zum Schutz der nationalen Minderheiten und der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen des Europarates durch die einzelnen Staaten erfolgt. Die FUEV fordert in diesem Zusammenhang auch die Organisationen der Minderheiten auf, kontinuierlich die vorhandenen Möglichkeiten zur Teilnahme an den Monitoringprozessen zu nutzen und zum transparenten Berichtswesen beizutragen.

» *Damit wird den europäischen Minderheiten ein Mittel zur Verfügung gestellt, um basierend auf der eigenen spezifischen Situation ihr Bildungssystem zu gestalten und in einen konstruktiven und kritischen Dialog über die Ausgestaltung des Rechts auf Bildung zu treten, betont Heinrich Schultz, Vizepräsident der FUEV und verweist zugleich auf die geplanten Folgemaßnahmen.*

So wird das Recht auf Bildung als erste Ausgabe des geplanten Kompendiums zum Minderheitenschutz herausgegeben, das alle Grundrechte umfassen wird. Zudem wurde zur erläuternden Erklärung eine gesonderte Dokumentation erstellt (siehe Anlage) . Im August wurde zudem die erste Folge-Konferenz zum Bildungsrecht in Flensburg durchgeführt (siehe Anlage) .

Dem Schwerpunkt der Sprachförderung widmete sich die FUEV-Delegiertenversammlung - aus aktuellem Anlass - auch mit einer Resolution für die nachhaltige Förderung der Regional- oder Minderheitensprachen durch die Europäische Union.



Die FUEV-Vizepräsidenten Heinrich Schultz ,  
Dr. Jurij Brankack und  
Projektkoordinatorin  
Judith Walde erläutern  
das Grundrecht auf Bildung

# Politische Stellungnahmen und Resolutionen

Ein wichtiges Werkzeug der politischen Artikulation der Minderheiten in Europa sind die Resolutionen und Stellungnahmen, die während der FUEV-Kongresse verabschiedet werden.

Neben dem Grundrecht auf Bildung im Rahmen der Charta der autochthonen, nationalen Minderheiten Europas, hatten in diesem Jahr gleich mehrere Mitgliedsorganisationen der FUEV die Möglichkeit ergriffen und den Delegierten ihre Resolutionen vorgelegt.

So wurde unter anderem auf Vorschlag der Mitgliedsorganisation - dem Zentralrat der Sinti und Roma in Deutschland - eine Resolution für die Schaffung einer EU-Richtlinie gegen eine diskriminierende Kennzeichnung von Minderheiten in behördlichen Berichten und Dateien einstimmig von den Delegierten verabschiedet.

Von der Mitgliedsorganisation der Aromunen in Rumänien wurden gleich mehrere Forderungen unter anderem auf Anerkennung der Aromunen als nationale Minderheit in Rumänien formuliert und einstimmig von den Delegierten unterstützt.

Weitere Forderungen / Appelle gab es von den Karatschaiern, den Karpatho-Rusinen, den Balkaren und den Bretonen.

Aus aktuellem Anlass hatte das Präsidium der FUEV eine Resolution zur Situation im Kosovo vorbereitet. Einstimmig schlossen sich die Delegierten der Stellungnahme an, in der der vorgelegte Plan des Sondergesandten der Vereinten Nationen, Matti Ahtissari, zum zukünftigen völkerrechtlichen Status des Kosovos unterstützt wird.

Darüber hinaus forderten die FUEV-Delegierten den UNO-Sicherheitsrat dazu auf, eine entsprechende Resolution zum zukünftigen Status des Kosovo zu verabschieden. Ausdrücklich werden dabei alle Akteure, sowohl die Kosovo-Albaner als auch die Kosovo-Serben zur Gewaltfreiheit aufgefordert. Des Weiteren werden die Verhandlungsparteien dazu gedrängt, alle Minderheiten im Kosovo bei einer Lösungsfindung mit einzubeziehen.

Ebenfalls einstimmig wurde die Resolution für eine nachhaltige Förderung der Regional- oder Minderheitensprachen durch die Europäische Union (EU) von den Delegierten angenommen.

Die FUEV fordert in der Stellungnahme die EU-Kommission und die nationalen Regierungen Europas dazu auf, gemeinsam mit den Organisationen der Regional- oder Minderheitensprachen eine stringente und nachhaltige Sprachenpolitik und Sprachenförderung für die Regional- oder Minderheitensprachen zu entwickeln. Konkret wird die EU-Kommission dazu angehalten, die von der FUEV und dem Europäische Parlament geforderte Europäische Sprachenagentur unter besonderer Berücksichtigung der Regional- oder Minderheitensprachen endlich in die Tat umzusetzen.

Des Weiteren geht die Aufforderung an die EU-Kommission, ein eigenes EU-Förderprogramm zur Sprachenvielfalt, unter besonderer Berücksichtigung der Regional- oder Minderheitensprachen, zu etablieren. Anknüpfend an die 2006 verabschiedete Charta der autochthonen, nationalen Minderheiten in Europa und das erste qualifizierte Grundrecht dieser Charta – das Recht auf Bildung – wird das Präsidium der FUEV von den Delegierten in der Resolution aufgefordert, an der weiteren Förderung der Regional- oder Minderheitensprachen zu arbeiten und dies als ein Punkt der zukünftigen Arbeit im Blick zu behalten.

In jedem Jahr werden einige der Resolutionen, die während des Kongresses verabschiedet wurden, an ausgewählte Personen aus Politik und Gesellschaft versandt.

Nicht jedes Jahr ist der Rücklauf auf die versandten Resolutionen gleich groß gewesen – doch in diesem Jahr konnten sich die Verantwortlichen bei der FUEV über viele schriftliche Rückmeldungen, Kommentare und Glückwünsche freuen.

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, hat in einem direkten Schreiben auf die Resolution zur Sprachenpolitik der EU geantwortet. „Mehrsprachigkeit und die Wertschätzung sprachlicher Vielfalt sind Grundlagen der täglichen Arbeit des Europäischen Parlaments. Die Europäische Kommission hat die Bedeutung von Sprachenpolitik erkannt und einen Kommissar für Vielsprachigkeit benannt. Obwohl in den Jahren zuvor spezielle Programme für Sprachenförderung ausgelaufen sind und bislang eine europäische Sprachenagentur nicht gegründet wurde, stimmt die Benennung von Kommissar Orban doch zuversichtlich, dass es der Kommission ernst ist mit gezielten Maßnahmen zur Förderung von Mehrsprachigkeit und zum Schutz lebendiger europäischer Sprachen.“

Der Generalsekretär des Ausschusses der Regionen in der Europäischen Union, Gerhard Stahl, hat ebenfalls auf die Resolution der FUEV geantwortet. „Als erstes möchte ich sie zu den Entschließungen zum Kosovo und zum Gebrauch von Minderheitensprachen beglückwünschen, die ihrer Vereinigung auf ihrem in Juli 2007 in Tallinn (Estland) veranstalteten Kongress angenommen hat. Der Ausschuss der Regionen unterhält mit dem Europarat, mit dem sie in enger Verbindung stehen, ausgezeichnete Arbeitsbeziehung und in diesem Geiste hoffen wir auch mit der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen in den kommenden Jahren zusammenzuarbeiten.“

Nicht nur der Gebrauch von Minderheitensprachen jenseits der derzeitigen Grenzen der Europäischen Union ist dem Ausschuss der Regionen ein Anliegen, er setzt sich auch nachdrücklich für ihre Verwendung innerhalb der Europäischen Union ein. Insofern ist der Ausschuss stolz darauf, als erste EU-Institution den Gebrauch von Minderheitensprachen in einer offiziellen Veranstaltung der EU erlaubt zu haben, als auf der Plenartagung des Ausschusses der Regionen im Juli 2006 Katalanisch gesprochen wurde.“

(Alle Resolutionen der FUEV siehe Anlage)

# Ein Kongress mit Kultur

Neben der Beschäftigung mit aktuellen minderheitenpolitischen Themen in Europa steht der FUEV-Kongress im Zeichen der kulturellen Vielfalt. So wurde den Teilnehmern auch in diesem Jahr ein reichhaltiges kulturelles Programm geboten, und die Gäste erhielten einen Einblick in Geschichte und Kultur der baltischen Republik Estland.

Unter anderem wurde das berühmte Rathaus in Tallinn besucht und die Delegierten aus ganz Europa erhielten während des Ausflugstages einen Einblick in die reichhaltige und turbulente Geschichte Estlands.

Für die Freunde der Musik gab es ebenfalls etwas besonderes, nämlich ein Konzert mit verschiedenen Darbietungen der Minderheiten in Estland.



# Jugend mit Identität

Ein Höhepunkt des FUEV-Kongresses in Tallin war die Podiumsdiskussion der Jugendrepräsentanten, die sich um das Thema Identität drehte.

Sicher ist das Thema für Minderheiten kein unbekanntes, noch weniger ein unbedeutendes. Ein schwieriges aber ist es, zumal es bis jetzt immer schief zu gehen schien, wenn man eine Definition von Identität geben wollte.

Aus diesem Grund vermied man es auch, sich auf eine Definition von Identität einzulassen. Man diskutierte aus persönlichen Erfahrungen heraus, die sich natürlich auf die für die FUEV und JEV wichtige Teilidentität, die Zugehörigkeit zu einer Minderheit konzentrierten.

Vorab zur Diskussion präsentierte Christiana Walde, Vizepräsidentin der JEV, den Teilnehmern ihre Organisation, um den Zuhörern das Engagement der Jugendlichen und ihre Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu vermitteln.

Die Fragen, die an die Diskutanten gestellt wurden, sind vorher von den Jugendlichen selbst ausgearbeitet worden. Wie wichtig sind deine Wurzeln für deine Identität? Gibt dir eine klare Vorstellung von Identität mehr Selbstvertrauen? Stärkt oder schwächt Diskriminierung Identitäten? Wie kann man die Identität von Minderheiten stärken? Glaubst du in Tallinn eine andere Identität zu haben, als daheim? Kann man Identitäten wechseln, kann man sie lehren?

Das sind nur einige der Fragen, die vom Moderator Aleksander Studen-Kirchner präsentiert wurden. Beeindruckend an der Diskussion war wohl, einen direkten Einblick in die Situation der Jugend bei den verschiedenen Minderheiten zu bekommen und zu sehen, wie verschieden die Ansätze im Umgang mit Identität sein können – waren in der Diskussion doch 17 Vertreter von 17 Minderheiten aus ganz Europa anwesend. Nicht nur die geographischen Dimensionen, die von Moskau bis Bozen reichten, auch die Unterschiede in Größe und Sprecherzahl der Minderheit, in Siedlungslage und organisatorischen Strukturen der Jugend, in Akzeptanz durch die Mehrheitsbevölkerung und rechtlichem Hintergrund, zeigten die Vielfalt der Randfragen, die sich zum Thema Identität eröffnen.

Selbst auf regionaler Ebene können die Unterschiede immens sein, was sehr gut durch das Beispiel der Südtiroler, der Ladiner und der Mocheni zu sehen ist, wobei die Sprecherzahlen von ca. 333 000 (Deutsche Minderheit) über ca. 30 000 (Ladiner) bis hin zu ca. 600 (Mocheni) fallen. Diese demographischen Unterschiede schlagen sich natürlich auch in den organisatorischen Strukturen der Jugend nieder und lassen somit auch im Umgang mit der Identität Unterschiede erkennen.

Wo sich die einen bereits um detaillierte Jugendfragen kümmern, die bereits über die reine Minderheitenthematik hinaus gehen, sind andere noch um Anerkennung ihrer Sprache bemüht und wieder andere kaum aktiv, weil auch kaum öffentliche Strukturen vorhanden sind. Die Westfriesen sehen sich als Volk, während die Karpatendeutschen sich eher als Kulturgemeinschaft betrachten. Einige der Jugendlichen waren sich von Anfang an ihrer Zugehörigkeit zu einer Minderheit bewusst, andere haben diese Zugehörigkeit erst in früher Adoleszenz „erlernt“. Ein besonderes Beispiel gab auch eine Diskutant, die zwar rein deutsche Wurzeln hatte, sich aber durch ihr Umfeld und das Heranwachsen in der dänischen Minderheit in Deutschland auch zu dieser zugehörig fühlte.

Beeindruckt zeigten sich die Zuhörer auch von der politischen und kulturellen Tätigkeit der Jugendlichen, die nicht zuletzt der Erhaltung von Minderheiten in Europa dient.  
(Text: Aleksander Studen-Kirchner)

# Der neue Präsident der FUEV

„Einstimmig zum Präsidenten der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen gewählt worden zu sein, das verpflichtet.“ Mit diesen Worten freute sich Hans Heinrich Hansen im Anschluss an seine Wahl während der Delegiertenversammlung in Tallinn über das überzeugende Ergebnis. Mit dem 68-jährigen Tierarzt aus Egersund/Ekensund, Nordschleswig, Dänemark, übernimmt ein erfahrener Minderheitenpolitiker das Amt der größten Dachorganisation der autochthonen, nationalen Minderheiten in Europa.

Insgesamt zwölf Jahre lang leitete Hansen die Geschicke der deutschen Minderheit in Dänemark. In seiner Amtszeit als Vorsitzender des Bundes Deutscher Nordschleswiger wurde die Kommunalreform für die deutsche Minderheit zu einem erfolgreichen Ergebnis verhandelt und sein Wirken hat maßgeblich zur Aussöhnung zwischen Deutschen und Dänen im Grenzland beigetragen. Sein europäisches Netzwerk ist nicht zuletzt durch seine langjährige Tätigkeit als Vizepräsident in der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen, sehr gut ausgebaut.

Der neue Präsident richtete in einer ersten „Arbeitserklärung“ das Wort an die Delegierten und freute sich auf das Arbeiten an den gemeinsamen Zielen:

Die FUEV ist eine 59 Jahre alte Organisation, die sich schon seit jeher für die Rechte der Minderheiten und besonders für die ihrer Mitgliedsorganisationen eingesetzt hat.

DAS SOLL SO BLEIBEN.

Aber es wird nicht alles bleiben, wie es war – wir wollen besser werden. Unter anderem soll dies durch die Lobbyarbeit in Brüssel gesehen, die seit einem Jahr mit großem Einsatz von Jan Diedrichsen und seinen Mitstreitern erledigt wird. Wir wollen diesen Einsatz ausbauen.

Wir müssen auf dem europäischen Parkett besser Gehör finden. Man muss uns als die größte zivilgesellschaftliche Organisation der autochthonen Minderheiten in Europa wahrnehmen, die wir sind. Wir müssen unsere europäische Schlagkraft verstärken, sichtbarer werden und unsere Ergebnisse besser verbreiten. Daran werden wir alle gemeinsam arbeiten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang zwei konkrete Punkte nennen. Zum einen werden wir Regionalkonferenzen durchführen. Das heißt, dass wir vor Ort bei unseren Mitgliedsorganisationen in der Region tagen werden und versuchen werden dies mit einer kleinen „Minikonferenz“ zu verbinden.

Der zweite Punkt ist, dass 2009 das Jahr der Jubiläen sein wird. Die FUEV wird 60, der Europarat auch. Ich denke wir sollten versuchen in diesem Jahr einen neuen Schritt zu wagen. Warum versuchen wir nicht einen Kongress in Brüssel zu veranstalten – sozusagen im Zentrum des Geschehens und zu zeigen, dass man mit uns politisch zu rechnen hat.

Mit dem Blick auf die Ausrichtung der FUEV ist es mir wichtig zu unterstreichen, dass wir die besondere Situation der Klein- und Kleinstsprachen in Europa im Blick behalten. Wir haben uns dazu als Präsidium in der heute verabschiedeten Resolution zur Sprachenpolitik verpflichtet und ich werde mich dafür einsetzen.

Erlauben sie mir einige Worte zu den Finanzen: Wir freuen uns, dass vor kurzem eine Zusage Dänemarks zur institutionellen Förderung der FUEV in Höhe von 25.000 Euro jährlich erhalten haben.

Die Bundesrepublik unterstützt schon seit Jahren dankenswerter Weise die Arbeit der FUEV mit Projektmitteln. Dänemark ist der erste Staat, der sich neben mehreren europäischen Regionen und Bundesländern für eine institutionelle Förderung entschlossen hat. Das ist ein dankenswertes Beispiel, das gerne Schule machen darf.

Die Mitgliedsbeiträge sind noch immer unser Sorgenkind. Dies ist nicht neu – sondern ein bekanntes Phänomen seit der Gründung der FUEV.

Mir ist es wichtig zu unterstreichen, dass die Delegiertenversammlung vor ein paar Jahren mit großer Mehrheit neue Richtlinien beschlossen hat. Es wurden Fragebogen entwickelt und verschickt, die überprüfen sollen – wie viel jede Organisation zahlen kann. Leider wurde diese Aktion nur von 20% unserer Mitglieder beantwortet. Ich nehme an, dass es für jeden Anwesenden verständlich ist, wenn es für das Sekretariat der FUEV daher nicht einfach ist, für die Mitgliedsorganisationen angemessene Beitragsregelungen zu finden.

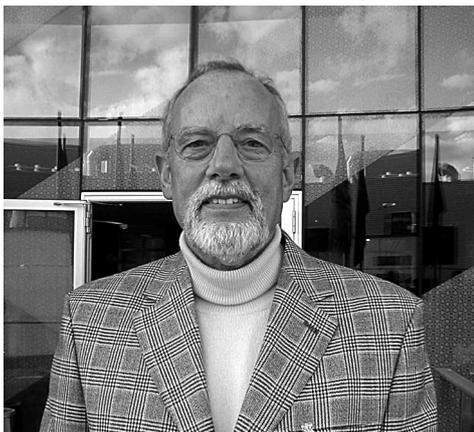
Darum nochmals der freundliche Aufruf den Fragebogen auszufüllen. Die FUEV kann nicht besser sein als die Summe ihrer Mitglieder. Unter meiner Leitung werden wir uns bemühen eine bessere Kommunikation zwischen dem Vorstand und den Mitgliedsorganisationen in den verschiedenen Regionen Europas herzustellen.

Die Vizepräsidenten in den verschiedenen Regionen werden zukünftig mehr in die Arbeit eingebunden und zu direkten Ansprechpartnern für die Minderheiten vor Ort. Es muss den direkten Kontakt zwischen den Mitgliedsorganisationen und dem Präsidium auch zwischen den Delegiertenversammlungen geben. Hier werden auch die bereits oben genannten Regionalkonferenzen eine wichtige Rolle spielen. Wir wollen als Dachverband dafür weiter streiten – gemeinsam mit allen hier versammelten Mitgliedsorganisationen – die Situation der autochthonen Minderheiten in Europa zu stärken, und uns gemeinsam für die Vielfalt in Europa einsetzen.

Das Leitmotiv unserer Arbeit sollte es sein das Selbstverständnis und das Selbstbewusstsein der Minderheiten zu stärken. Nach dem Motto: Minderheitenpolitik ohne Minderwertigkeitskomplexe.

Von den Mehrheitsbevölkerungen erwarten wir eine Anerkennung – und Verhandlungen auf Augenhöhe führen zu können.

Joseph Beuys, der viel diskutierte, hat einmal gesagt: Die Zukunft liegt in uns! Wir können keine Vorhersagen über die Zukunft machen. Wie sich das Europa der Zukunft gestalten wird, wie es mit der Europäischen Union weiter gehen wird und wir wissen auch nicht welche Veränderungen auf uns ganz persönlich zukommen. Aber das darf uns nicht daran hindern den Versuch zu wagen, diese Zukunft gemeinsam zu gestalten.



Die Zukunft liegt in uns!

(Text siehe Anlage)

Der neue FUEV-Präsident  
Hans Heinrich Hansen

# Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung ist das höchste Gremium der FUEV und stand in diesem Jahr im Zeichen von Neuwahlen und Satzungsänderungen. Neben dem Nachfolger für den Präsidenten, Romedi Arquint, wurden alle sechs Vizepräsidentenposten neu besetzt.

Zum neuen Präsidenten wurde einstimmig der deutsche Nordschleswiger Hans Heinrich Hansen aus Dänemark gewählt.

Für die sechs Posten als Vizepräsidenten standen acht Kandidaten zur Auswahl. Alle amtierenden Vizepräsidenten stellten sich einer Wiederwahl.

Gewählt wurden Heinrich Schultz, dänischer Südschleswiger, Deutschland; Jurij Branković, Sorbe aus der Lausitz, Deutschland; Zlatka Gieler, Kroatin aus dem Burgenland, Österreich; Andrea Rassel, Räteromane aus der Schweiz; Martha Stocker, Deutsche Südtirolerin aus Italien; sowie John Cutcliffe, Cornwaliser aus Großbritannien.

Des Weiteren konnten zwei neue Vollmitglieder in der „FUEV-Familie“ begrüßt werden. Zum einen wurde die Föderation der West Thrakien Türken in Europa als Mitglied aufgenommen, sowie der Zusammenschluss der Universitätsabsolventen der West Thrakien Türken in Griechenland.

Damit vertritt die FUEV nun insgesamt 84 Mitgliedsorganisationen in ganz Europa.

Im Vorfeld der Delegiertenversammlung wurden alle stimmberechtigten FUEV-Mitgliedsorganisationen aufgefordert, den vom FUEV-Präsidium erarbeiteten Satzungsänderungsentwurf zu kommentieren. Die Ergänzungen und Änderungen wurden eingearbeitet und es wurden neue Satzungen verabschiedet (siehe Anlage)

Mit viel Beifall wurde von den Delegierten die Meldung zur Kenntnis genommen, dass in den letzten zwölf Monaten insgesamt 45.000 zusätzlich für die Arbeit der FUEV akquiriert werden konnte.

Der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Georg Milbradt, hat Wort gehalten. Beim vergangenen FUEV-Kongress in Bautzen 2006 hatte er eine finanzielle Unterstützung der FUEV-Arbeit zugesichert und diese Zusage wurde umgesetzt.

Mit dem Königreich Dänemark hat auch der erste Nationalstaat Europas zugesagt, die Arbeit der FUEV finanziell zu unterstützen. Alle Parteien des dänischen Folketings haben sich dafür ausgesprochen, die Arbeit der Minderheiten in Europa mit 25.000 im Jahr zu unterstützen.

Die finanzielle Förderung der FUEV wurde im engen Zusammenspiel zwischen den Mitgliedsorganisationen vor Ort, den Lausitzer Sorben und der deutschen und dänischen Minderheit im deutsch-dänischen Grenzland sowie dem FUEV-Präsidium und FUEV-Generalsekretariat ermöglicht - eine Strategie, die weiter verfolgt werden wird und noch weitere regionale und nationale Regierungen in den Kreis der Förderer der FUEV-Arbeit bringen soll.

» *Ich denke, es ist ein sehr gutes Signal, dass mit Dänemark der erste Staat die Arbeit der FUEV unterstützt. Dafür haben wir lange kämpfen müssen. Schön wäre es, wenn sich daraus ein Dominoeffekt entwickelt und mehrere Nationalstaaten die wichtige Arbeit der Minderheiten in Europa durch einen finanziellen Beitrag unterstützen würden,* so Hans Heinrich Hansen.

# Living Diversity – das Brüssel-Projekt der FUEV und JEV

Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) hat gemeinsam mit der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV) das Projekt „Living Diversity“ ins Leben gerufen.

Im Mittelpunkt dieses auch „Brüssel-Projekt“ genannten Vorhabens der beiden größten Dachorganisationen der autochthonen, nationalen Minderheiten Europas steht der Wunsch, die Interessenvertretung der europäischen Minderheiten schlagkräftiger zu gestalten, Kräfte zu bündeln und den Einfluss sowie die Sichtbarkeit ihrer Mitgliedsorganisationen europaweit zu stärken.

Die beiden Dachorganisationen sind zu der Erkenntnis gelangt, dass auf europäischer Ebene just diese politische Durchschlagskraft fehlt, um die besonderen Bedürfnisse und Wünsche der autochthonen Minderheiten dort anzusprechen, wo diese angebracht werden müssen, um Beachtung zu finden – nämlich bei den Entscheidungsträgern in Brüssel, Straßburg und den relevanten Institutionen.

Dabei spielen ein effektives politisches Lobbying und eine offensive Informationspolitik eine entscheidende Rolle.

Seit Mai 2006 hat das gemeinsame Vorhaben der FUEV und JEV Projektstatus erhalten. Durch die finanzielle Unterstützung der FUEV-Mitgliedsorganisationen aus dem deutsch-dänischen Grenzland, den deutschen Nordschleswigern und den dänischen Südschleswigern, sowie den Sorben aus der Lausitz, wurde die Startphase des Projektes ermöglicht.

Geplant ist mittelfristig eine ständige Interessensvertretung in Brüssel zu etablieren. Als gemeinsamer Beauftragter der beiden Organisationen ist Jan Diedrichsen, deutscher Nordschleswiger, der gleichzeitig Leiter des Sekretariats der deutschen Minderheit an Regierung und Folketing in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen ist, ernannt. Diedrichsen leitet das Vorhaben gemeinsam mit der Lausitzer Sorbin, Susann Schenk, die als Geschäftsführerin der JEV tätig ist.

Durch das Brüssel Projekt wurde 2006 unter anderem das Grundsatzdokument – die Charta der autochthonen, nationalen Minderheiten in Europa – erarbeitet. Der Kontakt zum Europäischen Parlament, den Abgeordneten, hat in den zurückliegenden Monaten eine wichtige Rolle gespielt. Der Vorsitzende der Intergruppe für nationale Minderheiten, Csaba Tabajdi, hat als Gastredner beim letzten FUEV-Kongress in Bautzen/Budysin von einer „strategischen Partnerschaft“ mit den beiden Dachorganisationen gesprochen, die es auszubauen gilt.

In diesem Zusammenhang wird derzeit über die Etablierung eines Dialogforums im Europäischen Parlament mit dem Ausschussvorsitzenden verhandelt. Die FUEV und JEV nehmen, vertretend durch

das Brüssel-Projekt, regelmäßig an den Ausschusssitzungen der Intergruppe für nationale Minderheiten im Europaparlament teil.



Auf Einladung des Intergruppenvorsitzenden, Csaba Tabajdi, konnte der Beauftragte der JEV und FUEV, Jan Diedrichsen, während einer Sitzung im Europaparlament den anwesenden Parlamentariern das Brüsselvorhaben vorstellen. In weiteren Gesprächen wurden mögliche Kooperationsformen zwischen dem

Parlament und den Minderheitenorganisationen besprochen, neben einem Dialogforum am Europäischen Parlament wurden auch gemeinsame Factfinding-Mission angedacht.

Darüber hinaus wurden Kontakte zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates geknüpft und auch der Ausschuss der Regionen hat Interesse gezeigt, enger und durch konkrete Vorhaben mit den Minderheitenverbänden zusammen zu arbeiten.

Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet des Brüssel-Projektes sind die besonderen Bedingungen der Regional- oder Minderheitensprachen im Rahmen der Europäischen Union. Hier gibt es, wie sich in der Resolution der FUEV beim diesjährigen Kongress nachlesen lässt, noch viel Nachholbedarf, um den Kleinen- und Kleinstsprachen in Europa auch im Bereich der Förderprogramme der Europäischen Union zu ihrem Recht zu unterstützen..

Der Tätigkeitsbericht des Brüssel-Projektes „Living Diversity“ kann auf der Homepage [www.fuen.org](http://www.fuen.org) nachgelesen. Das Projekt ist auf einer eigenen Internetseite unter [www.living-diversity.eu](http://www.living-diversity.eu) zu erreichen.

» *Ich denke wir sind auf dem richtigen Weg. Die Zusammenarbeit mit den Präsidien der FUEV und JEV ist gut und wir arbeiten gemeinsam daran, die Anliegen unserer Mitgliedsorganisationen bei den politischen Entscheidungsträgern auf europäischer Ebene sichtbar zu machen. Die meisten Mitgliedsorganisationen der FUEV und der JEV haben auf nationaler Ebene gute Vertretungsmöglichkeiten, doch auf europäischer Ebene ist es für die meisten Organisationen sehr schwer. Daher ist es wichtig, dass die FUEV und JEV zu einem europäischen Sprachrohr werden,* erklärte der FUEV und JEV Beauftragte Jan Diedrichsen während seines Berichts zur Delegiertenversammlung.

# Anlagen

## KONGRESS in Tallinn

Romedi Arquint EN, DE, FR	<a href="http://www.fuen.org/pdfs/20070517RA_Tallinn.pdf">www.fuen.org/pdfs/20070517RA_Tallinn.pdf</a>
Romedi Arquint RU	<a href="http://www.fuen.org/pdfs/20070517RA_TallimRU.pdf">www.fuen.org/pdfs/20070517RA_TallimRU.pdf</a>
Jaak Prozes DE	<a href="http://www.fuen.org/pdfs/20070517Prozes_DE.pdf">www.fuen.org/pdfs/20070517Prozes_DE.pdf</a>
HH Hansen DE	<a href="http://www.fuen.org/pdfs/20070517HHH_Abschied_RA.pdf">www.fuen.org/pdfs/20070517HHH_Abschied_RA.pdf</a>

## FUEV-DELEGIERTENVERSAMMLUNG in Tallinn

The Assembly / Delegiertenversammlung	<a href="http://www.fuen.org/pdfs/20070517FUEN_Assembly.pdf">www.fuen.org/pdfs/20070517FUEN_Assembly.pdf</a>
Living Diversity Report_EN	<a href="http://www.fuen.org/pdfs/20070517LD_Report.pdf">www.fuen.org/pdfs/20070517LD_Report.pdf</a>
The New Presidium of FUEN	<a href="http://www.fuen.org/pdfs/20070517Result_of_elections.pdf">www.fuen.org/pdfs/20070517Result_of_elections.pdf</a>
HH Hansen neuer Präsident DE	<a href="http://www.fuen.org/pdfs/20070517HHH_tallinn.pdf">www.fuen.org/pdfs/20070517HHH_tallinn.pdf</a>
Resolutions_01_09_EN	<a href="http://www.fuen.org/pdfs/20070517Resolutions_01_09_EN.pdf">www.fuen.org/pdfs/20070517Resolutions_01_09_EN.pdf</a>
Resolutionen_01_08_DE	<a href="http://www.fuen.org/pdfs/20070517Resolutionen_01_08_DE.pdf">www.fuen.org/pdfs/20070517Resolutionen_01_08_DE.pdf</a>
Resolutions_01_06_FR	<a href="http://www.fuen.org/pdfs/20070517Resolutions_01_06_FR.pdf">www.fuen.org/pdfs/20070517Resolutions_01_06_FR.pdf</a>
Resolutions_01_06_RU	<a href="http://www.fuen.org/pdfs/20070517Resolutions_01_06_RU.pdf">www.fuen.org/pdfs/20070517Resolutions_01_06_RU.pdf</a>
Statutes EN	<a href="http://www.fuen.org/pages/english/e_4_2002.html">www.fuen.org/pages/english/e_4_2002.html</a>
Statutes FR	<a href="http://www.fuen.org/pages/france/f_4_2002.html">www.fuen.org/pages/france/f_4_2002.html</a>
Satzungen DE	<a href="http://www.fuen.org/pages/deutsch/d_4_2002.html">www.fuen.org/pages/deutsch/d_4_2002.html</a>
Statutes RU	<a href="http://www.fuen.org/pdfs/20070517Statutes_RU.pdf">www.fuen.org/pdfs/20070517Statutes_RU.pdf</a>

## RECHT auf BILDUNG

Right to education EN	<a href="http://www.fuen.org/pdfs/20070518right_to_education.pdf">www.fuen.org/pdfs/20070518right_to_education.pdf</a>
Recht auf Bildung DE	<a href="http://www.fuen.org/pdfs/20070518Recht_auf_Bildung.pdf">www.fuen.org/pdfs/20070518Recht_auf_Bildung.pdf</a>
Konferenz in Flensburg Recht auf Bildung	<a href="http://www.fuen.org/pages/deutsch/d_11_2002.html">www.fuen.org/pages/deutsch/d_11_2002.html</a>
Right to education documentation EN	<a href="http://www.fuen.org/pdfs/20070906right_to_education_docu.pdf">www.fuen.org/pdfs/20070906right_to_education_docu.pdf</a>
Recht auf Bildung Dokumentation DE	<a href="http://www.fuen.org/pdfs/20070906Recht_auf_Bildung_doku.pdf">www.fuen.org/pdfs/20070906Recht_auf_Bildung_doku.pdf</a>

## INTERNET

[www.fuen.org](http://www.fuen.org)  
[www.living-diversity.eu](http://www.living-diversity.eu)

